

Soziologie, Öffentlichkeit und Gewerkschaften

Versuch eines vorausschauenden Nachworts zu Michael Burawoys Public Sociology

Hans-Jürgen Urban

Die Soziologie hat als Leitwissenschaft abgedankt; sie ist zirkulär geworden; ihr Adressat ist nicht länger die Gesellschaft, die Öffentlichkeit, die Politik oder der Einzelne, sondern sie selbst. Ist dieser paradoxe Autismus der Wissenschaft des sozialen Handelns unwiderruflich? Gehören zu den Kosten der damit erzielten Abstraktionsgewinne nicht auch erhebliche Wirklichkeitsverluste ...?

Beck (2005b, S. 3)

Einleitung

Mit der eingangs zitierten, deprimiert fragenden Diagnose über den Zustand der Soziologie stand Ulrich Beck schon damals, 2005, nicht alleine. Und bis heute hält die Debatte um die Krise der Soziologie und ihre Sprachlosigkeit gegenüber zentralen Gegenwartsproblemen an. So fragte jüngst Wolfgang Streeck mit Blick auf die Demontage wohlfahrtsstaatlicher Regulierungen in der jüngeren Vergangenheit und die Ursachen der globalen Finanzmarktkrise, „warum die Soziologie, soweit sie sich überhaupt noch mit Institutionen und nicht nur mit Individuen befasste, dem Vordringen des Neoliberalismus so rat- und hilflos gegenüberstand.“ (Streeck 2015, S. 74 f.)¹ Nicht, dass es anderen Teildisziplinen der Sozialwissenschaften grundsätzlich besser ginge. Auch die Politikwissenschaft fragt sich verunsichert nach ihrer Rolle für die Perspektiven des demokratischen Regierens im 21. Jahrhundert (etwa Zürn 2011); und Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaft konstatieren

1 Zur öffentlichen Debatte über Fähigkeiten und Grenzen der Gegenwartssoziologie bei der Analyse der Moderne siehe auch die Kontroverse zwischen Armin Nassehi und Hartmut Rosa im Nachgang zu Thomas Assheuers Essay über die sozialwissenschaftlichen Sprachetiketten rund um das Präfix „post“ (vgl. dazu Petring 2014).

fassungslos das Versagen der eigenen Disziplin angesichts der Krise des globalen Finanzmarktkapitalismus (etwa Krugman 2009).

Doch auch in den Sozialwissenschaften ist geteiltes Leid nicht unbedingt halbes Leid. Was nutzen die Probleme der Nachbarwissenschaften einer Soziologie, der mit der Gesellschaft ihr Gegenstand abhandengekommen ist, die gegenüber Kernfragen der Gegenwart unter Sprachlosigkeit leidet und die für fachspezifische Professionalisierung hält, was Größen der Zunft als paradoxen Autismus diagnostizieren. Mehr noch: Auch das Festhalten der Disziplin am Forschungsgegenstand schützt vor Krise nicht, wie ein Blick auf die (nicht nur) soziologische Gewerkschaftsforschung zeigt. Werden die Problemursachen der allgemeinen Soziologie in fachinternen Fehlentwicklungen geortet, so zog hier der Gegenstand die mit ihr befasste Wissenschaft in die Krise.

Über viele Jahre hinweg fanden sich GewerkschaftsforscherInnen in der Rolle von ChronistInnen des Niedergangs ihres Forschungsgegenstandes. Gewerkschaften verloren Mitglieder, die Legitimität ihres Hauptproduktes, der Tarifverträge, wurde vielfach angezweifelt und ihre Reformfähigkeit in Abrede gestellt. (Artus/Behrens 2014, S. 215)

Dem Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften folgte der Zweifel an der Ergiebigkeit der Gewerkschaftsforschung, die in der soziologischen Zunft lediglich noch ein Schattendasein fristet.

Nun mag es analytisch riskant sein, die Krisenursache der einen oder anderen Seite zuzuordnen und die komplexe Interdependenz zwischen einer Wissenschaft und ihrem Objekt beiseitezuschieben. Doch evident ist: Gegenwärtig befinden sich sowohl die allgemeine Soziologie als auch die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsforschung in keiner komfortablen Situation. Da kommt die in den internationalen Top-Journals geführte und langsam auch in Deutschland an Fahrt gewinnende Debatte um eine Neuorientierung der Soziologie gerade recht. Die Rede ist von der Kontroverse um eine neue öffentliche Soziologie („public sociology“), die Michael Burawoy im Jahre 2004 in seiner Ansprache als Präsident der American Sociological Association angestoßen hat (vgl. Kap. 2).² Sie wird im vorliegenden Band mit einschlägigen Beiträgen erstmals in deutscher Übersetzung präsentiert. Ein äußerst verdienstvolles Unterfangen. Denn angesichts der schwierigen Lage von Soziologie und Gewerkschaften sollten die Diskussionsimpulse aus dem „Weltzentrum der akademischen Soziologie“ (Beck 2005a, S. 345) auch in

2 Zu erwähnen ist, dass Burawoy im Jahre 2004 die These von der allgemeinen Krise der Soziologie nicht teilte und die Notwendigkeit der Erneuerung offensichtlich eher aus der Sprachlosigkeit gegenüber den Problemen der Gegenwartsgesellschaft begründet (vgl. Kap. 2).

Deutschland willkommen sein – in der Wissenschaft wie in den Gewerkschaften.

Das Programm der öffentlichen Soziologie (öS) bedeutet vor allem: Rückholung der Gesellschaft in die Soziologie und Rückkehr der Soziologie in die Gesellschaft. Das eröffnet nicht nur der Wissenschaft, sondern auch zivilgesellschaftlichen Akteuren wie den Gewerkschaften neue Möglichkeiten. Die These, die hier formuliert und zur Diskussion gestellt werden soll, lautet: Richtig genutzt können die Innovationen der öS-Initiative einer zeitgemäßen Gewerkschaftsforschung nicht nur neue akademische Anerkennung einbringen. Zugleich eröffnen sie ihr neue Optionen der Kooperation mit ihrem Forschungsgegenstand und damit Wege der Rückkehr in wichtige gesellschaftliche Debatten. Eine Perspektive, von der auch die nach Strategien der Revitalisierung suchenden Gewerkschaften profitieren könnten. Denn eine praxisorientierte Sozialwissenschaft könnte sich zum kritischen Reflexionspartner entwickeln und den Organisationen der abhängigen Arbeit bei der Suche nach Wegen aus der Defensive wertvolle Dienste leisten. Die Perspektive bestünde somit in einer Kooperation zu wechselseitigem Nutzen.

In diesem Sinne soll im Folgenden nach Wegen der Verbindung der öS mit einer Gewerkschaftsforschung gefahndet werden, die ihren Gegenstand neu entdeckt und ihre gesellschaftlichen Ambitionen neu reklamiert; und die sich damit neu für Kooperationen mit dem eigenen Forschungsgegenstand öffnet. Die Argumentation gliedert sich in drei Schritte. Nach einer kursorischen Skizze von Burawoys Programm einer öS werden Anknüpfungspunkte an einen neueren Strang der Gewerkschaftsforschung, den sogenannten Jenaer Machtressourcenansatz, herausgearbeitet. Gezeigt wird, wie die Impulse der öS-Initiative neue Fragen und Forschungslinien nahelegen und wie die gewerkschaftlichen Strategiediskurse davon profitieren könnten. Der Text schließt mit einigen Überlegungen zu den Anforderungen, die sich daraus für die Gewerkschaften ergeben; vorausgesetzt, sie können sich dazu entschließen, sich für Impulse aus der soziologischen Fachdebatte zu öffnen. Dabei werden die folgenden Überlegungen als Nachwort, zugleich aber in der vorausschauenden Hoffnung formuliert, dass die vorgelegte Sammlung einschlägiger Texte von Michael Burawoy die Diskussion über die Potenziale einer neu orientierten Soziologie auch in Deutschland befördert: in der Fachwissenschaft wie in den Gewerkschaften.

Öffentliche Soziologie: Impulse für eine sozialwissenschaftliche Neuorientierung

Die Debatte über eine öS wird mittlerweile international geführt und ist mit ihren vielfältigen Verästelungen kaum mehr zu überblicken (Nichols 2007;

Jeffries 2009; Nyden/Hossfeld/Nyden 2012; Fatsis 2014). An dieser Stelle soll nicht der aufwendige Versuch unternommen werden, den gegenwärtigen Diskussionsstand zu rekonstruieren. Vielmehr wird eine Skizze von Burawoys Konzeption gezeichnet, die in den Vordergrund rückt, was für die Debatte um die Neuorientierung der allgemeinen Soziologie sowie der Gewerkschaftsforschung in Deutschland relevant sein könnte. Und da ist einiges zu finden.

Typen soziologischer Wissensproduktion, disziplinärer Pluralismus und reziproke Interdependenz

Die öS tritt nicht mit dem Anspruch an, die Soziologie als solche und insgesamt umzuwälzen. Sie plädiert für gleichwertige Stränge im System der Soziologie und für eine Arbeitsteilung innerhalb der Disziplin; als solche verhält sie sich zu den anderen Typen soziologischer Wissensproduktion – der angewandten, der professionellen sowie der kritischen Soziologie – nicht substitutiv, sondern komplementär. *Angewandte Soziologie* ist beratende Soziologie, ist Wissenschaft im Dienste eines von einem Auftraggeber definierten Zieles zum Zwecke der Lösung eines Problems oder der Legitimierung der Problemlösung. *Professionelle Soziologie* zielt auf die Bereitstellung von Wissen, das zumeist in anerkannten Forschungsprogrammen mit gültigen und erprobten Methoden im Rahmen der fachinternen Diskurse bereitgestellt wurde; sie ist die *Conditio sine qua non* für die anderen Soziologien, denen sie fachliche Expertise und Legitimation verschafft. Die *kritische Soziologie* ist die Reflexionswissenschaft der gesamten Disziplin. Sie reflektiert die expliziten und impliziten sowie die normativen und deskriptiven Grundlagen der professionellen Soziologie sowie das Verhältnis der Soziologietypen zueinander.

Nicht Hegemoniekampf, sondern ein Pluralismusplädoyer ist also die Botschaft der öS. Die vier Soziologietypen befinden sich im Verhältnis einer „reziproken Interdependenz“ zueinander, sie verbindet „eine organische Solidarität, in der jeder Typ der Soziologie Energie, Bedeutung und Fantasie aus seiner Verbindung mit anderen bezieht.“ (vgl. Kap. 2, S. 72) Insbesondere die professionelle, die kritische und die öS sind eng miteinander verbunden. „Öffentliche Soziologie kann nicht wirklich in nachhaltiger Weise beginnen, wenn sie nicht von der kritischen Soziologie angetrieben und von einer professionellen Soziologie geerdet wird.“ (vgl. Kap. 4, S. 126) Nur wenn die reziproke Interdependenz der Soziologien untereinander anerkannt wird, kann die „Lebendigkeit des Gesamtzusammenhangs“ der Disziplin gewahrt werden (vgl. Kap. 2, S. 224). Insofern spricht sich die öS nicht für die Dominanz oder ein Monopol eines Typs soziologischer Wissensproduktion aus, son-

dern plädiert eher für eine harmonische „Orchestrierung aller vier Stimmen der Soziologie“ (Bude 2005, S. 376) im Machtfeld der Disziplin.

Soziologie als globale Kapitalismusanalyse und Vermarktlichungskritik

Burawoys Gesellschaftsanalyse beruht auf der Periodisierung des Kapitalismus, des Marxismus und der Soziologie, wobei alle drei Periodisierungen eng miteinander korrespondieren (vgl. auch Aulenbacher/Dörre in diesem Buch). Die marxistische Kapitalismusanalyse wird dabei als „lebendige Tradition“ rezipiert, „der Erneuerung und Wiederaufbau guttun, da ja auch die Welt, die sie beschreibt und die sie zu transformieren sucht, sich wandelt.“ (vgl. Kap. 6, S. 146) Dieser Wiederaufbau verläuft unter Rekurs auf Karl Polanyis *The Great Transformation*. Gegenüber den Angelpunkten der Marx'schen Kapitalismuskritik verschiebt sich der Analysefokus von der Ausbeutung zur Vermarktlichung, von der Produktion zum Markt und von der Klasse zur Gesellschaft (vgl. Kap. 5). Die Periodisierung des Kapitalismus ergibt sich aus der Kommodifizierung von Arbeit, Geld und Natur, die Polanyi (1944/1995) als fiktive Waren bezeichnet hat, also als Güter, deren Gebrauchswert durch ihre Verwandlung in Waren zerstört wird. Die dem unregulierten Tausch unterworfenen Arbeit verliert demnach an Produktivität, Geld als Ware neigt zu Schwankungen, die die Unternehmen beschädigen, statt sie zu finanzieren, und die Behandlung der Natur als Ware läuft auf die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen hinaus. Jede Welle wird durch eine dominierende fiktive Ware geprägt; und so wie jede neue Welle eine neue Ware einbezieht, geht sie zugleich mit neuen Rekommodifizierungen der alten Waren einher. Die Wellen verlaufen also nicht voneinander getrennt, sondern ineinander verschränkt, wirken in Form einer „dialektischen Regression“ aufeinander ein (vgl. Kap. 6, S. 125). Dabei rufen die Vermarktlichungswellen soziale und politische Gegenbewegungen hervor, die die Gesellschaft vor den destruktiven Folgen für Arbeit, Geld und Natur schützen sollen. Dem dienen Arbeits-, Sozial- und allgemeine Menschenrechte, die erkämpft werden müssen, in jeder neuen Welle der Vermarktlichung jedoch wieder in Frage gestellt werden. Dabei dehnen sich die Räume der Regulierungskämpfe und -maßnahmen aus. Während sich der Kampf um Arbeitsrechte historisch von der lokalen auf die nationale Ebene entwickelte, expandieren die Regulierungsbemühungen des Geldes von der nationalen auf die globale Ebene; und die Regulierung globaler Geldmärkte und der Schutz vor der marktgetriebenen Zerstörung der Natur kann a priori nur global gelingen.

Die öS definiert sich nun als Soziologie der dritten Vermarktlichungs-

welle, in der die Natur nicht das einzige, wohl aber das neue Gut der Kommodifizierung darstellt. Sie zielt kategorial auf die analytische Durchdringung einer kapitalistischen Transformation, die durch die Rekommodifizierung von Arbeit und Geld, und vor allem eben der Natur getrieben wird, und die, so Burawoy in seinen jüngeren Analysen, offensichtlich dabei ist, zukünftig auch Wissen als immer wichtiger werdende gesellschaftliche Produktivkraft in die allgemeine Vermarktlichungsdynamik als neue fiktive Ware einzubeziehen. Eine solche Soziologie ist daher notwendigerweise mehrdimensional, weil auf alle Kommodifizierungsprozesse gerichtet, und global, weil die weltweit wirksamen Folgeschäden in den Blick nehmend.

Dabei ist das Globale in der öS weit mehr als eine Randerscheinung oder modisches Beiwerk. Im Laufe der Debatte um die Entfaltung einer öS ist eine „Bewegung von der öffentlichen Soziologie zur globalen Soziologie“ zu konstatieren (vgl. Kap. 1, S. 23). Und nicht ohne berechtigte Genugtuung verweist Burawoy auf die Vielzahl von Symposien und Publikationen zum Thema, die sich über den gesamten Globus erstreckt. Dabei hat die globale Ausrichtung der öS wenig gemein mit einer „kosmopolitischen Soziologie“, die allzu schnell den Boden unter den Füßen und die Verbindung zum örtlichen Ereignis verliert, durch die sich die Globalisierungsrisiken vollziehen (vgl. auch Aulenbacher/Dörre in diesem Buch). Der Globalisierungsansatz der öS erkennt die Gefahr, aus den partikularen Fakten und Ergebnissen der Soziologie der Weltzentren auf ihre universelle Bedeutung zu schließen, anstatt jenseits einer international vergleichenden zu einer wirklich globalen Soziologie überzugehen, „in der die Verbindungen und Interdependenzen der Teile anerkannt werden“ (vgl. Kap. 1, S. 45). So wie die Kommodifizierung der fiktiven Waren einen globalen universellen Prozess darstellt, so differenziert realisiert er sich in den Regionen der Welt, abhängig von regionalen Gegebenheiten. In dieser Dialektik zwischen dem Universellen und dem Regionalen ist er auch in der soziologischen Analyse zu erfassen. Mit anderen Worten: Globale und öS durchdringen und brauchen einander: Während die öS die globale Soziologie analytisch erdet, zwingt die globale die öffentliche, den Blick über den Tellerrand der regionalen Gemeinschaften zu heben.

Soziologie der Öffentlichkeiten und der Akteure der Zivilgesellschaft

Burawoys Ansatz bewegt sich zwischen einer dezidierten Marktkritik und einem etatismuskritischen Misstrauen gegenüber dem Staat. Lediglich Restbestände der Ära des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates werden als Korrektive kapitalistischer Märkte geschätzt; ansonsten schlägt staatlicher Politik Misstrauen entgegen, wird sie eher als Vehikel der Vermarktlichung kritisiert

denn als Gegenkraft zu ihrer Bändigung geschätzt. Die Adressaten der öS sind die Zivilgesellschaften mit ihren Akteuren und Öffentlichkeiten und mit ihren Schwierigkeiten, sich den imperialen Vermarktlichungs- und Kommodifizierungsdynamiken zu erwehren. In diesem Sinne will die öS eine öffentliche Angelegenheit sein, im Sinne „einer von der Allgemeinheit geschätzten und von der Öffentlichkeit wahrnehmbaren Reflexionswissenschaft der gesellschaftlichen Selbstorganisation“ (Bude 2005, S. 378). Und während sie sich in ihrer traditionellen Form an Öffentlichkeiten wendet, die eher passiv und nicht selten mainstreamig vorstrukturiert sind, orientiert sich die „organische öffentliche Soziologie“ auf die dialogische Kooperation mit den lokalen Akteuren, die sich unter den spezifischen nationalen und regionalen Bedingungen als lokale Arbeiterbewegung, Stadtteilinitiative oder Menschenrechtsorganisation zur Wehr setzen. Gesucht wird ein Dialog als „ein Prozess wechselseitiger Bildung“ (vgl. Kap. 2, S. 57). Dieses neue, prinzipielle Interesse an den Akteuren der Zivilgesellschaft dürfte das eigentliche Konstitutivum der organischen öS sein. Doch diese Kooperation mit den Akteuren der Zivilgesellschaft ist, so Burawoy durchaus mahnend, voller Fallstricke und anfällig für Pathologien. Auf der Suche nach Popularität gerät auch die engagierte Soziologie in Versuchung, dem Publikum zu schmeicheln und damit ihre professionellen Verpflichtungen und das kritische Engagement zu kompromittieren. Nicht minder relevant ist jedoch die Versuchung, gegenüber dem Publikum Herablassung und eine „Art geistigen Avantgardismus“ an den Tag zu legen (vgl. Kap. 2, S. 75). Die neue Kooperation zwischen einer gesellschaftsinteressierten Soziologie und ihren Forschungsgegenständen erweist sich als ambitioniertes und höchst riskantes Unterfangen.

Doch mit der Zivilgesellschaft und ihren Akteuren kommen auch die Gewerkschaften wieder ins Spiel, als Forschungsgegenstand und Kooperationspartner. Zunächst ist die bisherige „Gewerkschaftssoziologie als Soziologie sozialer Bewegungen“ (vgl. Kap. 4, S. 114) eine Begleiterscheinung der Kommodifizierung der Arbeit, also der frühesten Vermarktlichungswelle im Kapitalismus. Zum Bestandteil einer öS wird sie, wenn sie die gewerkschaftliche Verteidigung erkämpfter Schutzrechte der Arbeitskraft als Bestandteil eines Prozesses begreift, der die zweite und dritte Welle der Kommodifizierung, also die des Geldes und der Natur, einschließt. Damit muss der Kampf um Arbeits- und Sozialrechte um den Schutz der Menschenrechte erweitert werden, „den Schutz einer Gemeinschaft der wechselseitigen Anerkennung als Menschen, der notwendigerweise Arbeits- und Sozialrechte einschließen wird.“ (vgl. Kap. 4, S. 120)

Es kann kaum verwundern, dass eine so umfassende wie kritische Grundlegung einer neuen Soziologie Einwände unterschiedlichster Art hervorruft. Mitunter wurde kommentiert, der Terminus der öS transportiere eine alte Idee in einem neuen Gewand (Fatsis 2014). Oder sie setze in problematischer Art

an die Stelle substanzieller Kritik eine prozedurale Kritik und verlagere die Begründung von wertenden Stellungnahmen der Wissenschaft in die öffentlichen Diskurse (Greve 2012). Und aus der professionellen, der politischen und der kritischen Soziologie wurden Einwände formuliert, die an der theoretischen und empirischen Validität Zweifel anmeldeten und vor einer Überpolitisierung warnten; die den unklaren Adressatinnen- und Adressatenbezug bemängelten oder die ein Defizit an analytischer Durchdringung kapitalistischer Macht- und Ausbeutungsverhältnisse kritisierten (Nichols 2007; Jeffries 2009). Schließlich wurde das Festhalten an Kategorien sozialer Großgruppen als eine modernen Gesellschaften unangemessene Orientierung bemängelt (Bude 2005). Wie auch immer. Im Folgenden soll nicht die Suche nach zu diskutierenden Mängeln, sondern die Weiterarbeit mit offensichtlichen Stärken der öS im Vordergrund stehen. Konkreter: Es geht um die Frage, ob Kernanliegen und Kerngedanken von Burawoys Vorstoß auch für die deutsche Gewerkschaftsforschung fruchtbar gemacht werden können. Und der Kern der öS besteht darin, die Gesellschaft und ihre öffentlichen Probleme in eine Soziologie zurückzuholen, die sich als von Marx und Polanyi inspirierte Kapitalismuskritik versteht und die sich erneut um gesellschaftliche Relevanz bemüht.

Der Jenaer Machtressourcenansatz in der Gewerkschaftsforschung

Dass aus der Debatte um eine öS auch für die soziologische Befassung mit den Gewerkschaften Honig gesaugt werden kann, soll im Folgenden am Beispiel eines neuen Ansatzes der Gewerkschaftsforschung illustriert werden. Dieser wurde als Jenaer Machtressourcenansatz entwickelt und hat längst die referierten Journale der professionellen Soziologie erreicht (Brinkmann et al. 2008; Schmalz/Dörre 2013, 2014; Arbeitskreis Strategic Unionism 2013).³ Auffällig ist dabei zunächst die zeitliche und inhaltliche Koinzidenz zwischen der allgemeinen Soziologie- und der Gewerkschaftsforschungsdebatte. Für beide wurde, erstens, noch vor geraumer Zeit eine tiefgreifende Krise diagnostiziert, die zwang, über Grundsatzfragen der wissenschaftlichen und politischen Selbstbeschreibung nachzudenken.⁴ Für beide kamen, zweitens, re-vitalisierende Impulse aus dem „Weltzentrum der akademischen Soziologie“

3 Der Jenaer Forschungsansatz ging aus einer frühen Kooperation zwischen Gewerkschaften und Jenaer Soziologie hervor; er stellt insofern einen interessanten Fall der öS dar, der dem Grundimpuls Burawoys entgegenkommen dürfte.

4 Dass für beide, viertens, das Institut für Soziologie der Universität Jena eine bedeutende Rolle spielt, ist auch der Erwähnung wert.

(Ulrich Beck), die in Form der Debatten um eine öS und einen Forschungszweig zu *Labor Revitalization Studies* produktive Unruhe in die deutsche Soziologenzunft trugen. Und beide befinden sich, drittens, in einem Stadium der erneuten Kartierung des Forschungsfeldes und der Suche nach identitätsstiftenden Methoden und Forschungsthemen.

Den fachwissenschaftlichen Hintergrund der Jenaer Gewerkschaftsforschung bildet eine Debatte um die forschungsstrategische Neuverortung der Jenaer Soziologie. Von zentraler Bedeutung war dabei die Intention einer Verknüpfung von Kapitalismusanalyse mit Fragen der Wohlfahrtsstaats-, Wachstums- und Sozialkritik. Basierend auf einer elaborierteren Kapitalismuskritik plädieren Dörre/Lessenich/Rosa 2009 für „eine Rückkehr der Kritik in die Soziologie“ und eine „kritische Soziologie des Gegenwartskapitalismus“. Ihre Ambitionen zielen darauf, „analytisch-diagnostisch belastbare und damit zumindest potenziell auch politisch anschlussfähige Maßstäbe der Kritik am Kapitalismus zu entwickeln.“ (Dörre/Lessenich/Rosa 2009, S. 12 ff.) Auch wenn die erste Wirkungsambition in die akademische Welt und in Richtung einer radikalen soziologischen Kapitalismuskritik zielt, endet der Anspruch dort nicht:

Von hier aus aber wird und muss es für eine erneuerte kritische Soziologie darum gehen, das Licht der außerakademischen, medialen und alltagspraktischen Welt zu suchen. Denn dort – und nur dort – wird letzten Endes entschieden, ob Soziologie und Kapitalismuskritik wieder zueinanderfinden – und ob ‚die Gesellschaft‘ es merkt. (ebd., S. 17)

Essentials des Jenaer Machtressourcenansatzes

Der Machtressourcenansatz, wie er in der angelsächsischen Debatte entwickelt und in der Jenaer Gewerkschaftsforschung aufgegriffen wurde, wurde und wird vor dem Hintergrund dieser Rückkehr der Kapitalismuskritik elaboriert. Er versteht sich durchaus als soziologische Auflehnung gegen die lange dominierenden Niedergangsszenarien und -determinismen in der Gewerkschaftsforschung. Seine Essentials lassen sich wie folgt rekonstruieren:

- **Vom Krisen- zum Strategieparadigma:** Am Anfang stand die Unzufriedenheit mit dem Krisenparadigma in der deutschen Gewerkschaftsforschung. Diese, so die Ausgangsthese, habe extensiv und intensiv den Niedergang und die anhaltende Defensive der deutschen Gewerkschaften analysiert. Doch trotz großer Verdienste sei die allmähliche Erschöpfung dieses Paradigmas immer offensichtlicher geworden. Der Übergang vom Krisen- zu einem neuen Stra-

tegieparadigma war mit der Hoffnung auf neue Forschungsperspektiven und zugleich neue Ansätze der Kooperation von Soziologie und Gewerkschaften verbunden. Während also die gängige Gewerkschaftsforschung vor allem die Defensivsituation der Gewerkschaften ausleuchtete, sollte das neue Strategieparadigma die Frage nach den Voraussetzungen der Möglichkeit einer gewerkschaftlichen Revitalisierung und erneuerter Strategiefähigkeit in den Fokus rücken (Urban 2013, S. 161–175).

- **Machtressourcen:** Nach zehn Jahren innovativer Gewerkschaftsforschung verifiziert der Jenaer Machtressourcenansatz die These von der analytischen Fruchtbarkeit des Strategieparadigmas. Konzeptionell werden diverse Quellen von „Arbeitermacht“ unterschieden: zunächst strukturelle (*structural power*) und Organisationsmacht (*associational power*). Während erstere sich aus der Stellung auf dem Arbeitsmarkt oder innerhalb des Produktionsprozesses ergibt, entsteht Organisationsmacht aus der Formierung der Lohnabhängigen zu kollektiven Akteuren wie etwa Gewerkschaften. Institutionelle Macht resultiert hingegen aus der Stellung von Gewerkschaften innerhalb wohlfahrtsstaatlicher Basisinstitutionen wie der Tarifautonomie oder den Sozialversicherungssystemen und hilft dabei, Gewerkschaftsmacht über kurzzeitige ökonomische oder politische Zyklen hinweg zu stabilisieren (Brinkmann et al. 2008; Schmalz/Dörre 2014). Als vierte Quelle gewerkschaftlicher Durchsetzungsfähigkeit kann schließlich von kommunikativer Macht als einer gewerkschaftlichen *soft power* gesprochen werden, die sich in der Fähigkeit artikuliert, erfolgreich in hegemonial vorstrukturierte Öffentlichkeiten intervenieren und die Interessen der Organisation und ihrer Mitglieder dort positionieren zu können (Urban 2013, S. 22).
- **Strategic Choice:** Dabei sind die Generierung und zielgerichtete Mobilisierung von Machtressourcen voraussetzungsvolle Unterfangen. Die Jenaer Forschungsperspektive geht davon aus, dass Gewerkschaften wie andere Individual- oder Kollektivakteure auch stets in gesellschaftlichen Möglichkeitsräumen agieren, in denen unterschiedliche Handlungsoptionen existieren, die mit Blick auf die Realisierung definierter Ziele unterschiedlich ergiebig sind (*strategic choice*). Das gilt zumal in Phasen tiefgreifender Transformationen des Kapitalismus, in denen die Regeln und Modi kapitalistischer Regulierung neu ausgehandelt werden. Sich daraus ergebende Optionen zu orten und adäquate Handlungsstrategien zu entwickeln, stellt den Kern dessen dar, was sich als gewerkschaftliche Strategiefähigkeit oder -kompetenz bezeichnen lässt.

Jenaer Machtressourcenansatz 2.0

Der Übergang zum Strategieparadigma, eine materialistische Machtressourcentheorie und das Strategic-Choice-Diktum stehen für eine erste Phase des Jenaer Ansatzes, der mittlerweile in eine zweite eingetreten ist. Dem heute nicht unüblichen, digitalen Sprachmodus folgend firmiert er nun unter „Jenaer Machtressourcenansatz 2.0“ (Arbeitskreis Strategic Unionism 2013).

- **Begriffliche Ausdifferenzierung:** Die Weiterentwicklung des Ansatzes besteht in einer Erweiterung und Präzisierung des analytischen Begriffsapparates. In dieser Phase wurde mit der gesellschaftlichen Macht eine weitere Kategorie gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit hinzugefügt und zugleich an der Weiterentwicklung zentraler Begriffe gearbeitet. Dabei steht die Frage im Raum, welcher Fähigkeit es bedarf, einzelne Machtressourcen nicht nur zu generieren, sondern sie in den spezifischen institutionellen Gefügen der jeweiligen Kapitalismusvariante zielgerichtet zur Wirkung zu bringen und auf Dauer stellen zu können.
- **Die Pyramide der Lohnabhängigenmacht:** Nicht minder fruchtbar ist die systematische Ausleuchtung von Interdependenzen und Interaktionen der jeweiligen Machtressourcen. Dazu wird die Metapher von der „Pyramide der Lohnabhängigenmacht“ entwickelt, wobei die Eckpunkte am Boden durch die strukturelle Macht, die Organisationsmacht und die gesellschaftliche Macht markiert werden und die institutionelle Macht als abgeleitete, sekundäre Machtform die Spitze bildet. Das Bild der Pyramide soll helfen, die komplexen Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Machtressourcen zu systematisieren und Verstärkungs- oder Substitutionsprozesse zu kategorisieren. Dabei ist die Pyramide als „eine flexible geometrische Form zu begreifen, deren Eckpunkte sich regelmäßig verschieben.“ (Arbeitskreis Strategic Unionism 2013, S. 364)⁵
- **Strategisches Handlungsvermögen:** Schließlich widmet die aktuelle Machtressourcenforschung den Voraussetzungen und Inhalten des gewerkschaftlichen Handlungsvermögens neue Aufmerksamkeit. Erfasst und diskutiert werden dabei spezifische Fähigkeiten, die darüber entscheiden, welche Machtressourcen zu wel-

5 Ein Hinweis, der zu Recht auf die Dynamik gewerkschaftlicher Machtausstattung und zugleich auf die Grenzen der Pyramidenmetapher aufmerksam macht. Auf eine „flexible Pyramide“, deren Eckpunkte sich regelmäßig verschieben, sollten die Gewerkschaften ihre Durchsetzungsfähigkeit besser nicht gründen.

chem Zeitpunkt wie aktiviert werden können. Unterschieden werden dabei Lernfähigkeit, organisatorische Flexibilität, Konfliktfähigkeit, „Framing“ (im Sinne von Fähigkeit zum politischen Agenda-Setting) und schließlich die Wahrung von Autonomie.

Arbeitsmarktwunder, Krisenkorporatismus und fragile Revitalisierung

Mit den mittlerweile vorliegenden Fallstudien (Schmalz/Dörre 2013) und dem theoretisch-begrifflichen Instrumentarium werden die Konturen eines „akteurszentrierten Machtressourcenansatzes“ (Arbeitskreis Strategic Unionism 2013, S. 375) deutlich, der das kursorisch skizzierte Strategieparadigma in der Gewerkschaftsforschung präzisiert und operationalisiert. Dabei lässt der Forschungsstand belastbare, will sagen: auf theoretische und empirische Evidenz gründende Aussagen zu. Das gilt nicht zuletzt für die viel diskutierte Frage nach dem Comeback der Gewerkschaften. So lässt sich zunächst für Deutschland zeigen, dass Indikatoren einer Renaissance der Gewerkschaften unübersehbar sind. Das international diskutierte „German Labor Market Miracle“, also der unterdurchschnittliche Beschäftigungseinbruch trotz überdurchschnittlichem Wachstumseinbruch in der Krise der Jahre 2008 ff., gilt gut begründet als signifikanter Erfolg gewerkschaftlicher Interessenpolitik. Offensichtlich gelang es den Gewerkschaften in der zugespitzten Schockkrise, in krisenkorporatistischen Arrangements eingeübte, sozialpartnerschaftliche Verhandlungsroutinen zum Schutze der Stammbeschaften zu aktivieren. Hinzu kamen Erfolge bei der Stabilisierung der Mitgliederentwicklung sowie eklatante Anerkennungsgewinne in Bevölkerung und Medien. Diese gingen auf die Rolle der Gewerkschaften als handlungsmächtigen Krisenakteuren zurück und stellen den empirischen Befund der medialen wie wissenschaftlichen Debatte um eine Rückkehr der Gewerkschaften dar (Urban 2015).⁶

Doch zugleich fördert die Jenaer Forschungsperspektive Fakten zu Tage, die eher für ein gefährdetes Comeback und den Befund einer fragilen Revitalisierung sprechen. Denn die Erosion gewerkschaftlicher Machtressourcen ist keineswegs nachhaltig gestoppt. Nach wie vor besteht die Organisations- und Repräsentationslücke unter den Beschäftigten in den Zukunftssektoren und denen mit hoher Produktions- und Arbeitsmarktmacht in den traditionellen Sektoren. Wo es überhaupt gelang, Beschäftigte aus diesen Gruppen zu organisieren, verbleibt dies bisher nicht selten in passiven, serviceorien-

6 Siehe etwa Schmalz/Dörre 2014 sowie insgesamt das Schwerpunktheft 3/2014 der Industriellen Beziehungen.

tierten Mitgliedschaften. Von diesen dürften lediglich indirekte Beiträge zur Stabilisierung gewerkschaftlicher Verhandlungskraft ausgehen. Bei vielen Gewerkschaften sind überdies Mitglieder- und Finanzverluste und damit Einbußen bei der Organisationsmacht nicht beendet. Auch die Anerkennungsgewinne für gewerkschaftliche Organisationen und Positionen, die im Zuge der Krisenpolitik erworben werden konnten, sind alles andere als stabil. Vor allem aber konnte die Erosion des Tarifsystems und der Geltungsbereich des Flächentarifvertrages nicht gestoppt werden, trotz unbestreitbarer Erfolge wie dem gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn und Verbesserungen bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifregelungen. Und da im deutschen regulierten Kapitalismus die im Tarifsystem inkorporierte institutionelle Macht für die Gewerkschaften besonders wichtig ist, trifft sie sein Bedeutungsverlust besonders hart. Kurzum: Dass den Gewerkschaften inmitten der Transformation des Kapitalismus ein Comeback gelang, ist alles andere als selbstverständlich; dass es angesichts des „befremdlichen Überlebens des Neoliberalismus“ (Colin Crouch) dabei bleibt, ist alles andere als gesichert.

Perspektive öffentliche Gewerkschaftssoziologie – Burawoys Programm als Impulsgeber für die deutsche Gewerkschaftsforschung

Der Jenaer Machtressourcenansatz macht deutlich, dass eine exzellente Sozialforschung durch die Hinwendung zu gesellschaftlich und politisch brisanten Themen keineswegs Schaden nehmen muss. Er ermöglicht vielmehr einen neuen Blick auf ein traditionelles Forschungsfeld und vermag Forschungslinien und -fragen für eine ambitionierte Gewerkschaftsforschung anzuregen. Doch damit nicht genug. Gerade der akteurszentrierte Machtressourcenansatz kann durch eine Anknüpfung an das Programm der öffentlichen Soziologie profitieren. Vom Forschungsdesign der öS können Impulse ausgehen, die einer an einer zeitgemäßen Kapitalismuskritik orientierten Gewerkschaftsforschung die Perspektive einer „öffentlichen Gewerkschaftssoziologie“ eröffnen; einer Soziologie, die ihre Themen aus den realen Problemen der Gewerkschaftsentwicklung gewinnt, ihre Forschungsfragen öffentlich definiert, präsentiert und diskutiert. In diesem Sinne wäre eine interaktive, eine „organische“ Kooperation mit den Gewerkschaften weniger als Gefahr für wissenschaftliche Standards zu fürchten, sondern eher als Quelle praxisrelevanter Forschungsfragen zu schätzen. Gedacht ist hier an einen Kooperationsmodus, der als „autonome Kooperation“ beschrieben wurde (Urban 2013, S. 232 ff.). Ein solcher akzeptiert die Autonomie von Wissenschaft

und Gewerkschaften sowie die Spielregeln und Anerkennungsmechanismen des jeweiligen Feldes und macht sie zur Voraussetzung einer Kooperation zum wechselseitigen Nutzen, die als Facette einer mosaiklinken Reformallianz aufgefasst werden könnte. Zugleich beruht er auf dem geteilten Selbstverständnis, gemeinsam am Widerstandsprojekt gegen die Vermarktlichung der Gesellschaft und die Kommodifizierung marktunverträglicher Güter zu arbeiten. Ein Projekt, das im Zentrum der öS zu Hause ist und den Kontakt zu Akteuren der Zivilgesellschaft geradezu erzwingt. Was könnte dies für den Jenaer Forschungsansatz bedeuten? Dazu einige abschließende Überlegungen.

Machtressourcen und Klassenkonflikte: Gewerkschaftsforschung als Konflikt- und Verhandlungssoziologie

Indem die öffentliche Soziologie die eigene Disziplin als Kapitalismuskritik erneuert und nach widerständigen Akteuren gegen Vermarktlichung und Kommodifizierung fahndet, nimmt sie neuen argumentativen Anlauf gegen eine ausgreifende Meinung, nach der eine Soziologie der Gegenwartsgesellschaft gänzlich auf „Großgruppenkonzepte“ verzichten müsse und „mit den Begriffen von Klasse, Partei und Parlament“ nicht mehr arbeiten könne (Bude 2005, S. 378 f.). Es war nicht zuletzt der Siegeszug der Auffassung, nach der das Festhalten an makrosoziologischen Aggregationskategorien die Bedingungen moderner Gesellschaften verfehle, der das Interesse an Organisationen wie den Gewerkschaften erlahmen ließ. Will die Gewerkschaftsforschung sich einen akzeptierten Platz in der Soziologie zurückerobern, gilt es, im Rahmen eines soziologischen Pluralismus – ganz im Sinne der Burawoy'schen Konzeption – die Dominanz dieser Sichtweise argumentativ und mit Elan in Frage zu stellen. Ansatzpunkte dazu liefert die Denkfigur der Dialektik von Vermarktlichung und Gegenbewegung. Diese stellt zentral auf die dynamische Prozesskette aus Vermarktlichung, Gegenbewegung sowie erneuter Rekommodifizierung ab. In der Burawoy'schen Fassung verlagert sie im Sinne der Polanyi'schen Analyse den Fokus auf Kommodifizierung, Markt und Gesellschaft und die Notwendigkeit regulativer Gegenbewegungen. Dies geht zunächst mit der Abwertung von Ausbeutung, Produktion und Klasse in der kapitalismuskritischen Analyse einher. Doch zugleich generiert diese Verschiebung eine argumentative Logik, die etwa die Klassenfrage zurückholt. Denn Gegenbewegungen gegen gesellschaftliche Vermarktungsdynamiken sind ohne soziale Kollektivakteure kaum denkbar, ob in Form von Organisationen, Bewegungen, sozialen Bündnissen oder eben Gewerkschaften. Hier ist der makrosoziologische Blick auf Großgruppen unverzichtbar. Neue Regulierungen für neue Dekommodifizierungen der Arbeit etwa verlangen kollektive Gegenwehr in Form sozialen Klassenhandelns.

Wird der klassentheoretische Blick zugelassen, drängen sich interessante Fragen an den Machtressourcenansatz in der Gewerkschaftsforschung auf. Diese beziehen sich auf die interne wie die externe Dimension von Klassen- und Machtbildung. Was bedeutet es, dass sich Klassenhandeln und die Konstituierung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in den Gegenwartsgesellschaften unter den Bedingungen ausgeprägter Individualisierung, Subjektivierung und Segmentierung vollziehen oder auch nicht zu Stande kommen? Dass sich die Modi kollektiver Handlungsfähigkeit grundlegend verändert und Interessenlagen sowie Präferenzen ausdifferenziert haben, ja mitunter gar als gegensätzlich wahrgenommen werden, macht die Sache eben nicht einfacher. Dabei sollte der soziologische Blick durchaus bis zur Mikroebene sozialen Handelns und der „elementaren sozialen Prozesse“ vorstoßen, ohne die auch Gewerkschaftshandeln nur schwer zu erfassen ist (Hondrich 2005).

Auch mit Blick auf die Reichweite gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit lässt der klassentheoretische Ansatz Fragen ins Blickfeld kommen. Der Machtressourcenansatz neigt mitunter dazu, den relationalen Charakter gewerkschaftlicher Machtressourcen zu vernachlässigen. Die Generierung gewerkschaftlicher Machtressourcen darf nicht mit gewerkschaftlicher Durchsetzungsmacht verwechselt werden. Macht ist eine relative Kategorie und gewerkschaftliche Macht hat sich stets in Relation zur Gegenmacht von Kapital und Staat zu bewähren. Mit anderen Worten: Begreift man Gewerkschaft als klassenpolitische „countervailing power“ (John K. Galbraith), so bemessen sich Wert und Reichweite der eigenen Machtressourcen – bei Abwehr- wie bei Gestaltungskonflikten – nicht absolut, sondern nur in Relation zur Machtausstattung der Kontrahenten. Bekanntlich werden Klassenkonflikte nicht durch die Macht einer Klasse, sondern durch das Kräfteverhältnis der Kämpfenden entschieden. Daraus folgt: Nach der Erforschung der Bedingungen der Generierung und Aktivierung gewerkschaftlicher Machtressourcen wäre die Verknüpfung der Machtressourcenforschung mit den Theorien sozialer Konflikte und politischer Verhandlungen angesagt. Ansatzpunkte dazu sind insbesondere im Machtressourcenansatz 2.0 vielfältig vorhanden, aber längst nicht ausbuchstabiert. Eine solche Gewerkschaftsforschung, die sich stärker als bisher auch als soziale Konflikt- und politische Verhandlungstheorie definiert, fände nicht nur reichhaltige Vorarbeiten im aktors- und handlungsbasierten Institutionalismus der Kölner Schule (Streck 2015) und der ausgreifenden Korporatismusforschung der letzten Jahrzehnte. Sie beteiligte sich auch, wenn's kapitalismuskritisch bleiben soll, an der Debatte um die Rehabilitierung sozialer Klassentheorien in der Gegenwartssoziologie (etwa Therborn 2012).

Bewegungskulturen und Organisationsmacht

Ein zweiter Impuls für die Gewerkschaftsforschung ergibt sich aus der strikt globalen Perspektive der öS. Dabei geht es weniger um die Überwindung eines vermeintlichen „methodischen Nationalismus“ durch eine „kosmologische Soziologie“ (Beck 2005b). Gefragt ist vielmehr die systematische Reflexion der Wechselwirkungen zwischen den nationalstaatlichen Spezifika und den globalen Trends in Wirtschaft, Politik und Kultur.⁷ Welche Dynamiken werden freigesetzt, wenn die transnationalen Entwicklungen auf das Geflecht der sozialen, politischen und normativen Regularien der nationalen Kapitalismusvarianten treffen? Mittlerweile liegt eine ansehnliche Zahl von Studien vor, die in komparativer Perspektive den Blick auf die sozialregulativen und organisatorischen Spezifika der jeweiligen Wohlfahrtsstaaten und Gewerkschaftslandschaften richten. Wenig Aufmerksamkeit wurde bisher den unterschiedlichen Gründungs-, Bewegungs- und Organisationskulturen der jeweiligen Gewerkschaftsbewegungen zuteil. In den Zentren des Metropolenkapitalismus sind diese zutiefst durch die Kulturen der kapitalistischen Industrie- und Lohnarbeit geprägt. Doch die Annahme einer quasi natürlichen Verbindung von industriekapitalistischer Lohnarbeit und Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung ist als globale Forschungsprämisse nicht zielführend. Zumindest darf die Prägekraft der nationalen Kämpfe gegen Apartheid, gegen imperialistische oder patriarchale Repression oder für ethnische und regionale Autonomie dabei nicht vernachlässigt werden. Die nationalen Bewegungs- und Organisationskulturen bilden je spezifische Milieus, in die die globalen Trends mit sehr unterschiedlichen Folgen hineinwirken. Sie generieren unterschiedliche Sichtweisen und Reaktionen. Daraus können Kollisionen der nationalstaatlich geprägten Kulturen folgen, die sich als Hindernisse der Formierung globaler Bewegungen erweisen können.

Ein solches Plädoyer für eine kultursoziologische Erweiterung der Analyse will keineswegs für den Abschied vom arbeitszentrierten Selbstverständnis der Gewerkschaften werben – nicht für die Bewegungen in Europa und auf dem amerikanischen Kontinent und auch nicht für andere Regionen der Welt. Auch dort sind Lohnarbeiter- und Lohnarbeiterinnenexistenzen und entsprechende Sozialerfahrungen präsent. Und auch dort müssen Gewerkschaften wohl vor allem konfliktfähige Interessenorganisationen der abhängigen Arbeit bleiben und ihre Durchsetzungskraft primär aus der Verankerung in Betrieben und Alltagskulturen der Mitglieder gewinnen. Doch die

⁷ Als äußerst beeindruckendes und viel diskutiertes Beispiel einer global orientierten und zugleich lokal geerdeten Forschung siehe Webster/Lambert/Bezuidenhout 2008; vgl. aber auch Kap. 5.

spezifischen Bewegungskulturen wirken auf die Erfahrungen der Lohnarbeiter- und Lohnarbeiterinnenexistenz ein, überlagern und formen sie. Daher kann eine Analyse fördernder und hemmender Faktoren der Formierung globaler Organisationsmacht, die ergänzend kultursoziologische Betrachtungen integriert, auf Erkenntnisgewinne hoffen, auf die sie nicht verzichten sollte.

Krise, Strategie, Transformation: Das paradigmatische Dreieck öffentlicher Gewerkschaftssoziologie

ÖS ist Transformationssoziologie. Zumindest in der Burawoy'schen Fassung stehen die Umbrüche des Gegenwartskapitalismus, ihre Dynamiken und Verlaufsformen im Zentrum der Analyse. Könnten Gewerkschaftsforschung und -politik nicht auch von einer Aufwertung der Transformationskategorie profitieren? Dazu einige Überlegungen.

Erstens: Die Periodisierung von Kapitalismus, Marxismus und Soziologie bei Burawoy legt zunächst nahe, die Kommodifizierung von Arbeit, Geld und der Natur in chronologischer Reihenfolge zu denken. Doch das trifft nicht die Realität. Die Vermarktlichung der fiktiven Waren, die Errichtung von Bollwerken des Schutzes sowie die Gegenbewegungen gegen diese Schutzregeln verlaufen nicht chronologisch, sondern gleichzeitig. Aber sie verlaufen nicht parallel, sondern durchdringen, verstärken und formen einander. Man mag über Burawoys Begriff der „dialektischen Regression“ streiten, aber um eine starke Interdependenz handelt es sich allemal. Jede neue Vermarktlichungswelle ist von Dynamiken in den Sphären der anderen Waren begleitet, wobei sich die Wellenmuster nach den spezifischen Bedingungen der einzelnen Gesellschaften unterscheiden. Eine Politik gegen Vermarktlichung hat sich dieser Interdependenz zu stellen. Das gilt auch für die Gewerkschaftspolitik und selbstredend auch für ihre soziologische Analyse. Nischen- oder Partialpolitiken, die sich isoliert auf die Rekommodifizierung einer fiktiven Ware beziehen (etwa der Arbeit), greifen zu kurz. Gleiches gilt für ein Ensemble paralleler Feldpolitiken. Gefordert wäre vielmehr eine integrierte Rekommodifizierungspolitik, um den Interdependenzen und Penetrationen der Kommodifizierung von Arbeit, Geld, Natur und Wissen gerecht werden zu können.

Begreift man also die kapitalistische Transformation als die Summe einander durchdringender Vermarktlichungswellen, erweist sich ein integrierter Ansatz für Gewerkschaftspolitik und -soziologie als unverzichtbar. Mit Blick auf die Politik ergibt sich daraus eine Warnung vor isolierten Politiken in einzelnen Feldern. Integrierte Feldpolitiken drängen aber in Richtung des-

sen, was als politisches Mandat der Gewerkschaften diskutiert wird und die strategische Fähigkeit einschließt, an gesellschaftlichen Bündnissen teilzunehmen, die sich koordiniert gegen die Vermarktlichungswellen zur Wehr setzen. Für die Gewerkschaftssoziologie liefert dies Argumente, der beliebten Spezialisierung, Ausdifferenzierung und Fragmentierung der Forschung (noch stärker) zu misstrauen. Der multidimensionalen Vermarktlichung der Gesellschaft kann nur mit einer integrierten Schutzpolitik begegnet werden, ihrer soziologischen Analyse nur mit einem ebensolchen Forschungsdesign.

Zweitens: Burawoy verweist zu Recht auf die Vermarktlichung des Wissens als einem an Bedeutung gewinnenden Produktionsfaktor im Gegenwartskapitalismus. Dieser Prozess wird als Neuausrichtung der öffentlichen Hochschulen durch Modelle der Kommodifizierung und Regulation analysiert. Doch er findet nicht nur an den Orten der akademischen Wissensproduktion statt. Die Verwandlung von Wissen in eine handelbare Ware prägt zunehmend auch die Arbeitswelt. Dort findet sie in der Digitalisierung der Arbeit ihr Medium. Eine Facette der arbeitssoziologischen Debatte kreist um die Veränderungen in der industriellen Arbeit durch die Vernetzung der virtuellen Computerwelt mit der physischen Welt der industriellen Produktion. Der passende Begriffsschlagert dazu lautet: Industrie 4.0 (dazu instruktiv Hirsch-Kreinsen 2014 und Boes et al. 2014). Die Debatte in Wissenschaft und Politik pendelt zwischen Ignoranz und Hype. Es gilt: Nichts Genaues weiß man nicht. Vieles spricht jedoch dafür, dass die Digitalisierung (nicht nur) der Arbeit die sozialen Belegschaftsstrukturen in den Industriebetrieben verändern wird; und wahrscheinlich ist, dass es erneut Rationalisierungsgewinner, -dulder und -verlierer geben wird (dazu klassisch Kern/Schumann 1984). Und vieles spricht ebenfalls dafür, dass der Zugriff der digitalen Arbeit auf die lebendige Arbeitskraft ein umfassender sein dürfte, der die Arbeits- und Lebenswelt gleichermaßen strukturieren dürfte. Welche Bedeutung neuen Arbeitsformen, wie etwa dem viel diskutierten Crowdfunding, zukommen wird und wie die Segmentierungslinien mit Blick auf Beruf, Qualifikation, Alter und Geschlecht verlaufen werden, wird Gegenstand einer ambitionierten empirischen Arbeitssoziologie sein müssen (dazu Schröder/Urban 2016).

Was bedeutet dies für eine Gewerkschaftspolitik, die die Belegschaften vor den destruktiven Folgen der Durchdigitalisierung industrieller Arbeit schützen, zugleich jedoch etwaige Humanisierungspotenziale ausloten will? Und welche Fragen sollten in einer politiknahen Gewerkschafts- und Arbeitssoziologie aufgegriffen werden? Die Kritik aus der feministischen Kapitalismus- und Arbeitsanalyse mahnt die traditionelle Forschung, die weitreichenden Folgen durchökonomisierter Lebensführung auf die alltäglichen biografischen Arbeitsarrangements, die Zwänge im Bereich privater Sorgearbeit sowie die Struktur der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse

ihrer Bedeutung gemäß zu behandeln (Aulenbacher 2010; Aulenbacher/Riegraf 2011). Ein Impuls, der nicht ungehört verhallen und auch im Jenaer Machtressourcenansatz neue Forschungsperspektiven anregen sollte. Bisher wäre aus der Jenaer Perspektive vor allem nach den Folgen für die gewerkschaftliche Machtausstattung zu fragen. Wie können für absteigende Verliererinnen- und Verlierergruppen nicht nur soziale Rechte gesichert, wie können sie in den Solidaritätsverbänden betrieblicher und gewerkschaftlicher Arbeit gehalten werden, ohne dass diese exklusiv werden? Wie können Aufsteigerinnen- und Aufsteigergruppen in diese Verbände integriert werden und wie wird aus ihrer Produktions- und Arbeitsmarktmacht gewerkschaftliche Organisationsmacht? Und vor allem: Mit welchem strategischen Selbst- und Rollenverständnis sollten die Gewerkschaften in diesen Prozess intervenieren, als Vetospieler mit defensiven Schutzambitionen oder als Modernisierungsbegleiter mit optimistischen Gestaltungshoffnungen?

Fazit: Die Notwendigkeit integrierter Feldpolitiken sowie organisationspolitischer Antworten auf die Digitalisierung der Arbeit sind unmittelbare Folgen der Transformation des Kapitalismus – Probleme, für die die Gewerkschaften und eine mit ihnen kooperierende Soziologie nach Lösungen suchen sollten. Es geht um reaktive und proaktive Transformationspolitik. Gewerkschaften als Transformationsakteure: Gibt es sie und was sollten sie tun? Dieses Erkenntnisinteresse könnte auf eine Erweiterung des „paradigmatischen Settings“ der Gewerkschaftsforschung hinauslaufen, nicht im substitutiven, wohl aber im additiven Sinne. Das Krisenparadigma orientierte den soziologischen Blick auf den Niedergang und die strukturelle Defensive der Gewerkschaften; und das Strategieparadigma empfahl, die Spielräume der *strategic choice* und die Voraussetzungen gewerkschaftlicher Strategiefähigkeit auszu-leuchten. Das Transformationsparadigma dagegen hätte die analytische Aufmerksamkeit auf die Rolle der Gewerkschaften im gegenwärtigen Transformationsprozess zu lenken sowie auf die Transformationsanforderungen, die sich für Formen und Inhalte gewerkschaftlicher Politiken ergeben. Während also bisher stärker danach gefragt wurde, wie Macht (Ressourcen) und Fähigkeiten (Strategiekompetenz) erzeugt werden können, würde der Blick nun auf die Frage erweitert, was mit diesen Kräften bezweckt werden sollte. Nicht Handlungsvermögen, sondern Handlungsziele stünden im Vordergrund. Im Idealfall entstünde durch die Ergänzung der Krisen- und Strategieperspektive um die Transformationsperspektive eine Art paradigmatisches Dreieck als ein Orientierungsrahmen, in dem sich innovative Ansätze von Gewerkschaftssoziologie und -politik treffen. Ob sich ein solcher Rahmen für die theoretische und empirische Gewerkschaftsforschung als fruchtbar erweist, ob er neue Fragen und Forschungslinien zu sichten hilft, wäre zu prüfen.

Fazit und Ausblick: Und die Gewerkschaften?

Vorausgehend wurde danach gefragt, ob auch die soziologische Gewerkschaftsforschung in Deutschland von der von Michael Burawoy angestoßenen und mittlerweile international geführten Debatte um eine öS profitieren könnte. Die Antwort fiel positiv aus. Beispielhaft wurde dies am Jenaer Machtressourcenansatz als einem neueren, innovativen Ansatz der deutschen Gewerkschaftsforschung illustriert. Dieser könnte sich durch die Impulse aus dem Programm der öS im Sinne einer öffentlichen Gewerkschaftssoziologie neue Fragen und Forschungslinien erschließen. Möglich wären damit weitere Annäherungen an eine Theorie gewerkschaftlicher Macht im Gegenwartskapitalismus, die freilich noch aussteht. Zugleich legt das Programm der öS eine dialogische Kooperation zwischen Soziologie und Gewerkschaften nahe, die beiden Akteuren attraktive Perspektiven eröffnet.

Was ist nun aber mit dem Gegenstand dieser öffentlichen Gewerkschaftssoziologie, den Gewerkschaften selbst? Soll eine autonome Kooperation zu wechselseitigem Nutzen in Gang kommen, stellt dies selbstredend auch Anforderungen an die Organisationen der abhängigen Arbeit. Das gilt für die operative wie für die strategische Arbeit. In der operativen Arbeit können und sollten die Gewerkschaften an Vorhandenes anknüpfen und Bewährtes ausbauen. Zu diesen Aufgaben gehört die Pflege und Weiterentwicklung von Institutionen der universitären und gewerkschaftlichen Kooperation, die in Deutschland in Form der Kooperationsstellen Hochschule und Gewerkschaften/Arbeitswelt existieren.⁸ Diese haben sich mitunter als regionale Zentren einer zumindest punktuellen und themenorientierten Kooperation bewährt; Initiativen zur engeren Anbindung an aktuelle gewerkschaftliche Debatten und Politikbedarfe können jedoch sicherlich nicht schaden. Nicht minder wichtig sind Orte und Foren des politikfeldspezifischen Abgleichs wissenschaftlicher Forschungs- und gewerkschaftlicher Diskussionsstände. Dazu sind und bleiben gemeinsame Konferenzen, Workshops und Arbeitszusammenhänge sinnvoll. Positive Erfahrungen etwa im Feld der Arbeitsforschung und bei der Kooperation zwischen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit und empirischer Sozialforschung liegen vor.⁹ Und schließlich sei an die Kooperation mit den gewerkschaftsnahen Stiftungen und Wissenschaftsein-

8 Siehe dazu etwa die Bundesarbeitsgemeinschaft der Kooperationsstellen Hochschule und Arbeitswelt (online unter www.kooperationsstellen.de/inhalt1.html, Abfrage: 2.1.2015); siehe auch Pries/Urban/Wannövel 2015 zum 40-jährigen Jubiläum der Gemeinsamen Arbeitsstelle Ruhr-Universität Bochum und IG Metall.

9 Siehe dazu etwa das seit 2009 im Bund-Verlag von Lothar Schröder (Ver.di) und Hans-Jürgen Urban (IG Metall) herausgegebene *Jahrbuch Gute Arbeit* sowie den Arbeitskreis *Arbeitsforschung und Arbeitspolitik* beim Vorstand der IG Metall; zuletzt Wetzel/Hofmann/Urban

richtungen gedacht. Diese agieren im nicht immer konfliktarmen Schnittstellenfeld zwischen gewerkschaftlichen Erwartungen und wissenschaftlichen Standards. Als Orte der gewerkschaftlich-soziologischen Kooperation und als Initiatoren kooperativ-kontroverser Dialoge haben sie ihre Möglichkeiten sicherlich noch nicht ausgeschöpft.¹⁰

Doch dies allein wird nicht reichen. Sollen Routinen in Frage gestellt und neue Perspektiven ausgeleuchtet werden, müssen die Gewerkschaften auch inhaltlich-strategisch über den Wert einer gewerkschaftsinteressierten Sozialwissenschaft und ihr Verhältnis zu dieser nachdenken. Die öS offeriert hier zwei Wege der Kooperation. In der traditionellen Form (*traditionelle öS*) liefere sie über konventionelle Wege; sie fände auf Konferenzen, in den Medien beider Akteure und anderen öffentlichen Räumen statt. Als *organische öS* wäre die Kooperation direkter und stärker in die Alltagspraxis beider Akteure verwoben. Sie liefere auch über Beteiligung öffentlicher Soziologinnen und Soziologen an unmittelbarer gewerkschaftlicher Interessenpolitik. Dabei dürften Forschungspraxen dieser Art zugleich eine Neubewertung sozialwissenschaftlicher Ansätze und Methoden wie der *Aktionsforschung* und der *teilnehmenden Beobachtung* herausfordern, die in der deutschen Fachdebatte immer noch um Anerkennung ringen müssen.

Doch über welche Wege die Annäherung zwischen politischer Praxis und soziologischer Reflexion auch verlaufen mag, Ausgangspunkt beider Kooperationsformen muss die Einsicht sein, dass das Gesprächsangebot der öffentlichen Soziologie an die Gewerkschaften selbstredend nicht mit der Preisgabe wissenschaftlicher Standards oder Regeln einhergehen darf. Umgekehrt wäre im Wissenschaftssystem ein informeller Kodex zu überwinden, wonach die Nähe zu Gewerkschaften schnell den Verdacht unwissenschaftlicher Parteilichkeit nach sich zieht und der für Nachwuchskräfte schnell zur Karriereblockade werden kann. Doch erinnert die reziproke Interdependenz zwischen den Soziologietypen die Gewerkschaften daran, ihren Kooperationspartner nicht zu überfordern. So sollte von den kooperierenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nichts erwartet werden, was die praktizierte öffentliche Solidarität in der eigenen Profession leichtfertig diskreditieren, die „organische Solidarität“ mit der professionellen oder der kritischen Soziologie in Frage stellen würde. Anerkennungsverluste in der *scientific community* und die Abwertung der Forschungsergebnisse wären vermutlich die Folge. Zugleich sind die Gewerkschaften gefordert, sich bei ihren

2014; als Dokument der Kooperation zwischen Sozialwissenschaft und Gewerkschaftlicher Bildungsarbeit (vgl. Detje et al. 2011).

10 In Deutschland ist dabei vor allem an die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und das in ihr korporierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in Düsseldorf sowie an das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in Berlin zu denken.

Revitalisierungsbemühungen wissenschaftlich fundierter Kritik zu öffnen und die Thematisierung von Defiziten nicht als unbotmäßige Einmischung zu empfinden. Von einer kapitalismuskritischen öS können Hinweise auf Konflikte und Anforderungen erwartet werden, die sich noch im Stadium der Latenz befinden. Ein offenes Ohr für solche Frühwarnungen kann den gewerkschaftlichen Strategieprozess frühzeitig beleben, noch bevor die Sensoren der gewerkschaftsinternen Wahrnehmung anschlagen.

Wie dem auch sei: Neue Modelle der Kooperation zwischen einer praxisorientierten Soziologie und wissenschaftsinteressierten Gewerkschaften werden unter Spannung stehen. Die Regeln und Anerkennungsverfahren der Felder, in denen beide agieren, sind unterschiedlich, mitunter schwer vereinbar. Kollisionen dürften programmiert sein. Sollen diese die Arbeitsbeziehungen nicht immer wieder in Frage stellen, sind wechselseitiges Verständnis und informierte Toleranz unverzichtbar. Vielleicht ist eine solche reflexive Kollisionstoleranz gar die Schlüsselressource einer Kooperation, die weder der Illusion einer konfliktfreien Nutzung der Wissenschaft für gewerkschaftliche Politik noch akademischen Avantgardeattitüden nachhängt. Nicht nur die Soziologie, auch die Gewerkschaften könnten davon profitieren. Eine öffentliche Gewerkschaftssoziologie stünde für die nach ihrer Rolle im gegenwärtigen Transformationsprozess fahndenden Gewerkschaften als das bereit, was die öS für eine Gesellschaft im Umbruch sein will: eine kritische Reflexionswissenschaft, die nach wissenschaftlichen Kriterien geprüft Wissen für den gewerkschaftlichen Such- und Strategieprozess bereitstellt – vorausgesetzt, die Gewerkschaften machen sich auf die Suche.

Literatur zum Nachwort

- Arbeitskreis Strategic Unionism (2013): Jenaer Machtressourcenansatz 2.0. In: Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hrsg.): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven. Frankfurt a.M.: Campus, S. 345–375.
- Artus, Ingrid/Behrens, Martin (2014): Editorial: Neue Entwicklungen in der Gewerkschaftsforschung. In: Industrielle Beziehungen 21, H. 3, S. 215–216.
- Aulenbacher, Brigitte (2010): Rationalisierung und der Wandel von Erwerbsarbeit aus der Geschlechterperspektive. In: Böhle, Fritz/Voß, Günter G./Wachtlet, Günter (Hrsg.): Handbuch Arbeitssoziologie. Wiesbaden: VS, S. 301–328.
- Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit (2011): Die Analyse alltäglicher und biografischer Arbeitsarrangements als Weg einer arbeits- und industriesoziologischen Sozial- und Zeitdiagnostik. In: Arbeits- und Industriesoziologische Studien 4, H. 2, S. 74–90.
- Beck, Ulrich (2005a): Editorial. In: Soziale Welt 56, H. 4, S. 345–346.
- Beck, Ulrich (2005b): Europäisierung – Soziologie für das 21. Jahrhundert. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 34–35, S. 10.
- Boes, Andreas/Kämpf, Tobias/Langes, Barbara/Lühr, Thomas (2014): Informatisierung und neue Entwicklungstendenzen von Arbeit. In: Arbeits- und Industriesoziologische Studien 7, H. 1, S. 5–23.
- Brinkmann, Ulrich/Choi, Hae-Lin/Detje, Richard/Dörre, Klaus/Holst, Hajo/Karakayali, Serhat (2008): Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms. Wiesbaden: VS.
- Bude, Heinz (2005): Auf der Suche nach einer öffentlichen Soziologie. In: Soziale Welt 56, H. 4, S. 375–380.
- Detje, Richard/Menz, Wolfgang/Nies, Sarah/Sauer, Dieter (2011): Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen. Hamburg: VSA.
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stefan/Rosa, Hartmut (2009): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Zur Wiederbelebung einer Wahlverwandtschaft. In: Dies.: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 9–18.
- Fatsis, Lambros (2014): Making Sociology Public: A Critical Analysis of an Old Idea and a Recent Debate. Doctoral Thesis at the University of Sussex (auch online unter http://sro.sussex.ac.uk/51588/1/Fatsis_Lambros.pdf, Abfrage: 4.1.2014).
- Greve, Jens (2012): Von der prozeduralen Kritik zur prozeduralen Praxis: Öffentliche Soziologie als Transformation kritischer Theorie. In: Zeitschrift für Theoretische Soziologie 1, H. 1, S. 137–150.
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut (2014): Wandel von Produktionsarbeit – „Industrie 4.0“. In: WSI-Mitteilungen 67, H. 6, S. 421–429.
- Hondrich, Karl Otto (2005): Bildung, Kultur und elementare Prozesse. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 34–35, S. 11–17.

- Jeffries, Vincent (Hrsg.) (2009): Handbook of Public Sociology. http://sareban.persianganig.com/document/ebooksclub.org__Handbook_of_Public_Sociology.pdf/download?4d5e (Abfrage: 4.1.2015).
- Kern, Horst/Schumann, Michael (1984): Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion. München: Beck.
- Krugman, Paul (2009): How Did Economists Get It so Wrong? In: New York Times Magazine vom 2. September 2009 (auch online unter www.nytimes.com/2009/09/06/magazine/06-Economic-t.html?pagewanted=all&_r=0, Abfrage: 28.11.2014).
- Nichols, Lawrence T. (2007): Public Sociology: The Contemporary Debate. New Brunswick, NJ und London: Transaction Publishers.
- Nyden, Philip/Hossfeld, Leslie/Nyden, Gwendolyn (Hrsg.) (2012): Public Sociology: Research, Action, and Change. Los Angeles, CA: Sage und Pine Forge.
- Petring, Alexander (2014): „Gejammer vs. Worthülsen: Die Luhmann-Habermas-Kontroverse feierte fröhliche Urständ.“ <https://democracy.blog.wzb.eu/2014/08/29/gejammer-vs-worthuelen-die-luhmann-habermas-kontroverse-feiert-froehliche-urstaend/> (Abfrage: 8.1.2015).
- Polanyi, Karl (1944/1995): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Pries, Ludger/Urban, Hans-Jürgen/Wannövel, Manfred (2015): Wissenschaft und Arbeitswelt – Eine Kooperation im Wandel. Zum 40. Jubiläum des Kooperationsvertrags zwischen der Ruhr-Universität Bochum und der IG Metall. Berlin: Edition Sigma (i. E.).
- Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (2013): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven. Frankfurt a.M.: Campus.
- Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (2014): Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens. In: Industrielle Beziehungen 21, H. 3, S. 217–237.
- Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (2016): Gute Arbeit. Digitale Arbeitswelt – Trends und Anforderungen. (Ausgabe 2016). Frankfurt a.M.: Bund-Verlag (i. E.).
- Streck, Wolfgang (2015): Von der Gesellschaftsteuerung zur sozialen Kontrolle. Rückblick auf ein halbes Jahrhundert Soziologie in Theorie und Praxis. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 60, H. 1, S. 63–80.
- Therborn, Göran (2012): Class in the 21st Century. In: New Left Review 78, S. 5–29.
- Urban, Hans-Jürgen (2013): Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus. Hamburg: VSA.
- Urban, Hans-Jürgen (2015): Between Crisis Corporatism and Revitalisation: Trade Union Policy in the Era of European Financial Market Capitalism. In: Lehndorff, Steffen (Hrsg.): Divisive Integration: The Triumph of Failed Ideas in Europe – Revisited. Brüssel: Etui, S. 269–294.
- Webster, Edward/Lambert, Rob/Bezuidenhout, Andries (2008): Grounding Globalization: Labour in the Age of Insecurity. Malden, MA: Blackwell.
- Wetzel, Detlef/Hofmann, Jörg/Urban, Hans-Jürgen (2014): Industriearbeit und Arbeitspolitik. Kooperationsfelder von Wissenschaft und Gewerkschaften. Hamburg: VSA.
- Zürn, Michael (2011): Perspektiven des demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert. In: Politische Vierteljahresschrift 52, H. 4, S. 603–635.